

VLW und VLBS WAHLPRÜFSTEINE zur Landtagswahl 2022

1. Frage: Das Ministerium für Bildung und Kultur betreibt das Projekt „Gesunde Schule“ nicht ohne Grund. Wie sollte Ihrer Meinung nach der ständig steigenden Belastung für unsere Kolleginnen und Kollegen durch stetige Veränderungen (erhöhter Verwaltungsaufwand, Neugliederung des Übergangsbereiches, sehr heterogene Schülerschaft, etc.) Rechnung getragen werden?

Um die Lehrkräfte zu entlasten, werden wir folgendes in die Wege leiten: Wir werden in der Lehrer*innenausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen die Themen Digitalisierung, Individualisierung und Differenzierung fördern, damit die Lehrkräfte zukünftig der zunehmenden Heterogenität besser begegnen können. Ebenso werden wir die Arbeit in multiprofessionellen Teams weiter ausbauen. Die Arbeit der Lehrer*innen wird damit zusätzlich durch multiprofessionelle Fachleute unterstützt und gestärkt. Dazu werden wir die Ziele, Zusammenstellung und Aufgabenbereiche der multiprofessionellen Teams klarer definieren. Dies hilft den Schüler*innen im Lern- und Sozialverhalten und bietet den Lehrkräften Möglichkeiten zu Beratung und Austausch. Langfristig ist hierbei ein Zeitkontingent anzustreben, das Lehrer*innen einen Rahmen für diesen Austausch ermöglicht.

Ebenso werden wir uns dafür einsetzen, dass an beruflichen Schulen mehr Sprachförderung umgesetzt wird. Dies gilt besonders im Bereich der Berufsschule für Schüler*innen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Darüber hinaus werden wir Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte vor allem im neu gestalteten Übergangsbereich ausbauen. Verwaltungsaufgaben für Lehrkräfte sind möglichst gering zu halten. Digitalisierung kann nur gelingen, wenn der Support der Geräte von Fachleuten von außerhalb konsequent durchgeführt wird und nicht in den Aufgabenbereich der Lehrkräfte fällt.

Es bleibt anzumerken, dass die Lehrer*innen der beruflichen Schulen über die letzten Jahre sehr viele Änderungen im System in besonderer Weise mitgetragen und umgesetzt haben. Dies erkennen wir in sehr hohem Maße an. Wir streben daher einen engeren Austausch mit den Schulen und den Personalvertretungen an und werden in zukünftigen Entwicklungen das Thema Lehrer*innengesundheit wieder stärker in den Fokus nehmen und mitdenken.

2. Frage: Berufliche Schulen bieten ein hohes Maß an Durchlässigkeit und oft übersehene Aufstiegsmöglichkeiten bis hin zur Allgemeinen Hochschulreife. Was werden Sie tun, um in Zukunft den Fortbestand der hervorragend funktionierenden Fachoberschulen zu sichern und wie stärken Sie die Eigenständigkeit der beruflichen Oberstufengymnasien, die inzwischen in großer Konkurrenz zu Oberstufen allgemeinbildender Schulformen stehen und dabei wie kaum eine andere Schulform durch ihre berufliche Profilierung dazu beitragen Studiengangwechsel – und abbrüche zu verringern?

Für Bündnis 90/Die Grünen ist oberste Leitlinie der Bildungspolitik die Bildungsgerechtigkeit. Da die Beruflichen Schulen als tragende Stütze des zweiten Bildungsweges eine wichtige Stütze von Bildungsgerechtigkeit darstellen, werden wir in einer Imagekampagne die Potenziale des beruflichen Systems sowohl für Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte öffentlich präsenanter und somit Ausbildungen auch für Menschen mit höherwertigen Schulabschlüssen interessanter machen.

Weiterhin werden wir Oberstufenverbände und damit verbunden eine Kooperation zwischen den Gemeinschaftsschulen und beruflichen Oberstufengymnasien weiter fördern und somit mehr Schüler*innen nicht nur auf ein Studium, sondern durch die fachliche Ausrichtung der Oberstufengymnasien in besonderer Weise auf das Berufsleben vorbereiten. Wir werden verstärkt auf Kooperation mit den Kammern, Innungen sowie der Verwaltung, Politik und Wissenschaft setzen, um den Erfordernissen an Modernisierung und Ökologisierung in der beruflichen Bildung gerecht werden zu können. Weiterhin werden wir im neu gestalteten Übergangssystem Anschlussperspektiven der Schüler*innen stärken und dazu die Kooperation mit den außerschulischen Partnern stärken.

3. Frage: Im bundesweiten Vergleich werden die saarländischen Beamten am schlechtesten besoldet (ca. 3 % schlechter als der Bundesdurchschnitt). Zur Verbesserung der Situation fordern wir eine Anpassung der Besoldung an den Bundesdurchschnitt und eine Abschaffung der Kostendämpfungspauschale, die im Grunde einer „Lohnkürzung durch die Hintertür“ gleichkommt. Darüber hinaus darf es keine weiteren Verschlechterungen im Beihilferecht für die saarländischen Beamten geben. Wie stehen Sie dazu?

Wir treten für eine gerechte und gleiche Entlohnung aller Lehrkräfte ein. Gleichwohl ist uns die finanziell prekäre Lage unseres Landes bewusst. Hier muss man aber auch deutlich sagen: Wer gute und vor allem ausreichend Lehrkräfte bereitstellen will, muss auch für eine angemessene Entlohnung sorgen. Die genannte Minderbezahlung widerspricht dem Grundsatz der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik. Die Kostendämpfungspauschale stellt eine Ungerechtigkeit gegenüber den Lehrkräften dar. Sowohl Minderbezahlung als auch Kostendämpfungspauschale müssen mittelfristig beseitigt werden.

4. Frage: Unsere Kolleginnen und Kollegen bekommen ab der Übertragung einer Funktion, die eine Besoldungserhöhung von A13 nach A14 (bzw. von A14 nach A15) mit sich bringt, erst nach drei Jahren getaner Arbeit die Besoldungserhöhung. Bei der Übertragung einer Funktion der Besoldungsstufe A15 aus der Besoldungsstufe A13 heraus müssen saarländische Lehrkräfte insgesamt sogar sechs Jahre die Tätigkeit verrichten, ehe sie die entsprechende Besoldungsstufe erreichen. Wie unterstützen Sie unsere Forderung, dass mit der Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit die Besoldungserhöhung nach einer deutlich kürzeren Bewährungszeit als bisher erfolgt (wie dies auch in anderen Bundesländern üblich ist, z. B. in Rheinland-Pfalz nach 6 Monaten)?

Wir unterstützen grundsätzlich Bemühungen, die Wartezeit zwischen Funktionsübertragung bis zur Beförderung zu verkürzen. Wir erachten es darüber hinaus als überaus wichtig, die Anzahl an Funktionsstellen an beruflichen Schulen sicherzustellen, um durch Aufstiegsmöglichkeiten Anreize im System zu schaffen und den Beruf Lehrer*in an beruflichen Schulen im Saarland für Bewerber*innen attraktiv zu machen.

5. Frage: Zukünftig müssen die Lehrkräfte an saarländischen Schulen bis zum 67. Lebensjahr unterrichten. Viele gehen aber durch die aufreibende Tätigkeit als

Lehrkraft aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand und erreichen nicht die Altersgrenze. In vielen anderen Branchen gibt es flexible Modelle zum Übergang in den Ruhestand (z. B. Flexirente und Altersteilzeit). Wie positionieren Sie sich zu diesem Thema?

Wir sprechen uns generell für flexiblere Arbeitszeitmodelle auch im Hinblick auf den Ruhestand aus, z.B. nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz.

6. Frage: Im Saarland werden dringend geeignete Bewerber für den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Beruflichen Schulen mit den Fachrichtungen Technik (Metalltechnik, Mechatronik, Elektrotechnik, Fahrzeugtechnik), Informatik sowie Gesundheit, Sozialpädagogik, Ernährung und Hauswirtschaft benötigt und auch in Wirtschaftspädagogik sind zukünftig ausreichend Bewerber erforderlich. Was werden Sie tun, um in Zukunft den Bedarf an geeigneten Bewerbern zu sichern?

Um diese Problematik anzugehen, werden wir die Potenziale an der Universität des Saarlandes und den Hochschulen nutzen, um breiter für das Lehramt an beruflichen Schulen auszubilden und somit die Personalsituation an beruflichen Schulen zu verbessern. Ebenso werden wir durch die bereits erwähnte Imagekampagne die Potenziale des Berufs Lehrer*in an beruflichen Schulen im Saarland für potenzielle Bewerber*innen stärker ins Bewusstsein rufen.

7. Frage: Die saarländische Wirtschaft befindet sich in einem fortschreitenden Technologie- und Strukturwandel. Dieser Wandel wird eine Vielzahl von Änderungen in der Arbeitswelt zur Folge haben, auf die die Beruflichen Schulen die Schülerinnen und Schüler verstärkt vorbereiten müssen. Was werden Sie tun, um die Beruflichen Schulen besser auf die Transformation der Wirtschaft vorzubereiten?

Wir setzen hierbei auf mehr Kooperation mit den Kammern, Innungen sowie der Verwaltung, Politik und Wissenschaft, um den Erfordernissen an Modernisierung und Ökologisierung in der beruflichen Bildung gerecht werden zu können.

Um die digitale Transformation der beruflichen Schulen voranzutreiben werden wir einen Digital-Pakt Berufliche Schulen im Saarland auflegen, um so nachhaltig eine verlässliche Finanzierung der digitalen Ausstattung und Infrastruktur sowie der Qualifizierung der Lehrkräfte sicherzustellen.

8. Frage: Die ehemals eigenständige Abteilung der Beruflichen Schulen am Ministerium für Bildung und Kultur wurde in eine, für alle Schulen des Saarlandes zuständige, Abteilung integriert. Statt einer Abteilung gibt es nur noch ein Referat, das für die Beruflichen Schulen zuständig ist. Auch am Landesinstitut für Pädagogik und Medien hat sich die Organisationsstruktur derart verändert, dass es keine eigene Abteilung mehr für die Beruflichen Schulen gibt. Diese Änderungen werden dem umfangreichen System der Beruflichen Schulen mit vielen verschiedenen Schulformen und ihrer hohen Anzahl an Ab- und Anschlüssen nicht gerecht, weswegen wir eine deutlichere Sichtbarkeit der Beruflichen Schulen - sowohl am MBK als auch am LPM - fordern. Dies könnte durch die Einrichtung eines Instituts für Berufliche Bildung, wie dies bspw. in Hamburg oder Schleswig-Holstein praktiziert wird, erfolgen. Wie unterstützen Sie diese Forderung?

Um den beruflichen Schulen und deren wichtigen Funktion in unserem Bildungssystem wieder mehr Stellenwert zu verleihen, werden wir den Bereich der beruflichen Schulen strukturell im zuständigen Ministerium und am Landesinstitut für Pädagogik und Medien stärken und wieder klarer herausstellen.

9. Frage: Können sich die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler darauf verlassen, dass die intendierten positiven Effekte der Digitalisierung im Bildungsbereich nicht durch erhöhten Verwaltungsaufwand (z. B. zu hoher Zeugnisaufwand in der Berufsschule) aufgezehrt werden? Die Lehrkräfte wollen mehr Zeit für die pädagogisch-fachliche Vor- und Nachbereitung statt für Verwaltung. Wie will Ihre Partei die Schulen unterstützen, um die Digitalisierung zur echten Verwaltungsvereinfachung werden zu lassen?

Pädagogisch: Wir werden dafür sorgen, dass die Onlineplattform „Online-Schule Saar“ (OSS) zu einer umfassenden Plattform für Lerninhalte, Kommunikation und Organisation weiterentwickelt und kritisch begleitet wird, so dass eine Bedienung zukünftig vereinfacht wird und mit weniger Zeitaufwand verbunden ist.

Damit die Digitalisierung reibungslos angewendet werden kann, müssen die digitale Lernumgebungen bereitgestellt werden. Das muss dauerhaft und nachhaltig geschehen. Dafür setzen wir uns ein. Ebenso müssen Installation und Wartung der Geräte in Händen von Fachkräften liegen. Alle Schulen brauchen die nötige digitale Infrastruktur, unter anderem Breitbandanschluss und flächendeckendes WLAN, aber auch moderne digitale Klassensaalausstattung muss zum Standard werden. Um langfristig die Lehrkräfte mit dem Umgang mit digitalen Medien zu stärken, müssen bereits während des Lehramtsstudiums Kompetenzen im Bereich der digitalpädagogischen Bildung aufgebaut und kontinuierlich durch regelmäßige Fortbildungen in allen Phasen der Lehrerbildung aktualisiert und vertieft werden.

Schulverwaltungstechnisch: Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Schulen saarlandweit ein einheitliches Schulverwaltungsprogramm erhalten, das zusätzlich sowohl die Vernetzung mit dem Ministerium als auch unter den Schulformen vereinfacht.